

## **Stellungnahme der Bundesrepublik Deutschland**

### **Zur Mitteilung der Kommission „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen“**

Die Bundesregierung bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Ansatz der Kommission für eine zielgerichtete Überarbeitung und Aktualisierung der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen wird grundsätzlich begrüßt.

Zu dem vorgelegten Entwurf für eine überarbeitete Fassung der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen wird im Einzelnen wie folgt Stellung genommen:

#### **Rz. 14 des Entwurfs: Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers (bisheriges Kap. 2.1)**

Die bisherigen Leitlinien enthalten detaillierte Kriterien für eine beihilfefreie Ausgestaltung von Risikofinanzierungsprogrammen (Kap. 2.1). In den neuen Leitlinien sollen diese Kriterien durch einen Verweis auf die Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe ersetzt werden (Rz.14), in der übergreifende Hinweise zur Auslegung des Begriffs der „staatlichen Beihilfe“ enthalten sind.

Der bisherige Abschnitt 2.1. enthält aus Sicht der Bundesregierung jedoch in der Praxis hilfreiche, konkretisierende Orientierungshilfen zur Beurteilung des „marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers“, welche in der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe nicht enthalten sind. So ist in den bisherigen Risikofinanzierungsleitlinien unter Rn. 34 vorgegeben, dass eine private Beteiligung ab einer Quote von 30% an der Gesamtfinanzierung als signifikant angesehen werden kann. In der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe findet sich dieser Wert nicht, es wird nur in dortiger Rn. 87 auf zwei Gerichtsurteile verwiesen, nach denen in der Vergangenheit eine private Beteiligung in Höhe von 10% als unzureichend, eine private Beteiligung in Höhe von einem Drittel dagegen als ausreichend angesehen wurde. Die Streichung des bisherigen Abschnitts 2.1 und der Verweis auf diese Ausführungen könnte – fälschlicherweise – dahingehend ausgelegt werden, dass abweichend von der bisherigen Fassung der

Risikokapitalleitlinien künftig jeweils ein privater Anteil von mindestens 33 % erforderlich ist, um als wirtschaftlich bedeutend gelten zu können (da die zitierten Entscheidungen der EU-Kommission von einem Drittel sprechen). Bei einigen Programmen aus dem Bereich Risikofinanzierung wäre eine zusätzliche Anforderung an privatem Kapital in Höhe von 3 Prozentpunkten eine deutlich spürbare Herausforderung und Erschwernis.

Auch der Hinweis der bisherigen Risikofinanzierungsleitlinien in Fußnote 25, in welcher erläutert wird, wer in der Regel zu den privaten Investoren gezählt werden kann, ist in der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe nicht enthalten. Schließlich finden auch die erläuternden Ausführungen zu den „betrauten Einrichtungen“ gemäß Rn. 39 der bisherigen Risikofinanzierungsleitlinien im neuen Entwurf keine Berücksichtigung mehr.

Deswegen wäre eine ersatzlose Streichung der Ausführungen im bisherigen Abschnitt 2.1 in der Praxis mit deutlichen Nachteilen verbunden. Es wird dafür plädiert, dass die genannten Orientierungshilfen, an deren weiterer Anwendbarkeit in der Praxis ein großes Interesse besteht, in die neuen Leitlinien aufgenommen werden. Dies gilt auch für die ausdifferenzierten und hilfreichen Aussagen zu den verschiedenen Ebenen möglicher Begünstigter (Investoren, Finanzintermediär/Manager, Unternehmen, in die investiert wird) und die Voraussetzungen, wann keine Beihilfe vorliegt (s. Ziff. 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.3 der aktuellen Risikokapitalleitlinien). Die neue Rn. 29, die nur einige dieser Aussagen aufgreift (z.B. Rn. 29 und 43 alt), genügt insoweit nicht als Ersatz. Alternativ könnten entsprechende Ausführungen in der Bekanntmachung zum Beihilfebegriff aufgenommen werden.

### **Rz. 27 a) des Entwurfs: Unternehmen in Schwierigkeiten**

Es wird begrüßt, dass der Begriff des „Unternehmens in Schwierigkeiten“ im Zusammenhang mit Risikofinanzierungen angepasst wurde, und dass KMU, die seit ihrer Eintragung ins Handelsregister noch keine zehn Jahre gewerblich tätig sind, nur im Ausnahmefall (Insolvenzverfahren) als Unternehmen in Schwierigkeiten angesehen werden.

### **Rz. 84 des Entwurfs: Fondsmanagement**

Im Einklang mit der AGVO muss die Auswahl der Fondsmanager im Rahmen eines offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Ausschreibungsverfahrens erfolgen.

Diese Vorschrift ist für neu aufgelegte Fonds nachvollziehbar und gerechtfertigt, da dadurch marktgerechte Konditionen gewährleistet werden. Mit der Ausschreibung soll sichergestellt werden, dass das Fondsmanagement professionell aufgestellt ist, ausschließlich nach Renditekriterien agiert, implizite und explizite Optimierungsanreize hat, bei Misserfolgen auch sanktioniert werden kann sowie bei seinen Entscheidungen keiner politischen Einflussnahme unterliegt.

Wenn jedoch die Investitionsphase des ersten Fonds ausgelaufen ist und ein Anschlussfonds aufgelegt werden soll, ist ein Ausschreibungsverfahren zur Identifizierung eines neuen Managements nicht immer sinnvoll. Wertvolle Synergieeffekte in der Betreuung des alten und neuen Fonds würden in Frage gestellt. Die „erzwungene“ Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Fondsmanagement schürt Unsicherheit unter den Investmentmanagern und führt zur Abwanderung guter Kräfte. Daher sollte die Vorschrift für Anschlussfonds darauf beschränkt werden, dass lediglich neu eintretende Mitarbeiter im Rahmen eines offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Ausschreibungsverfahrens gewonnen werden.

#### **Rz. 149, 150 des Entwurfs: Verhältnismäßigkeit der Beihilfe – Bedingungen für Steueranreize**

Laut Rz. 149 soll die maßgebliche Obergrenze pro Beihilfeempfänger gemäß den Risikofinanzierungsvorschriften der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung grundsätzlich nicht überschritten werden (bestehende Vorgabe, die auch in der bisherigen Fassung der Risikofinanzierungsleitlinien enthalten war). Die Kommission wird diesbezüglich um klarere Verweise auf die einschlägigen Vorschriften der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung sowie um konkretisierende Hinweise zur Berechnung des hier relevanten Gesamtbetrages der erhaltenen Beihilfen für den maßgeblichen Beihilfeempfänger ersucht.

#### **Rz. 178 c) des Entwurfs: Ausweitung der Veröffentlichungspflichten**

Die vorgeschlagene Ausweitung der Veröffentlichungspflichten von bisher 500.000 Euro auf 100.000 Euro für jede Einzelbeihilfe in Rn. 178 c) wird abgelehnt. Es erscheint widersprüchlich, einerseits Entbürokratisierung und Deregulierung als wichtige Ziele in der Union zu benennen, im Beihilferecht aber zusätzliche Bürokratielasten für die Verwaltungen einzuführen.

### **Rz. 197, 198 des Entwurfs: Berichterstattung und Überwachung**

Soweit Beihilfen in Form von Steuervergünstigungen betroffen sind, sollten die Verfahrensabläufe eines automatisierten Steuerablaufs berücksichtigt werden, bei dem ex ante nur eingeschränkt Unterlagen angefordert werden. Die Bundesregierung spricht sich deshalb dafür aus, für steuerliche Beihilfen eine Regelung entsprechend Art. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung zum Monitoring vorzusehen.